

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Hrn. Ad. Schell, Hofstet., Gr. Berber- u. Breiterstr.-Ecke, Otto Reichel, in Firma J. Neumann, Wilhelmstraße 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Meseritz bei H. Kallhaus, in Breschen bei J. Jadesohn u. b. d. Inserat-Annahmestellen von G. L. Dautz & Co., Kaasenstein & Fogler, Rudolf Wosse und „Invalidentank.“

Verantwortliche Redakteure. Für den politischen Theil: G. Joulanc, für Feuilleton und Vermischtes: A. Koehn, für den übrigen redakt. Theil: H. Schmiedehaus, sämtlich in Posen. Verantwortlich für den Inseratenthail: G. Guorre in Posen.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Nr. 87.

Dienstag, 4. Februar.

1890.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Am tliches.

Berlin, 3. Februar. Der Kaiser hat dem Geheimen Sekretär und Chiffreur im auswärtigen Amt, Propp, den Charakter als Hofrath verliehen. Der König hat den Landrath Martinius zu Schwelm zum Regierungsrath ernannt. Der Dr. Otto von Falke ist zum Direktorial-Assistenten bei dem königlichen Kunstgewerbe-Museum in Berlin ernannt worden. Der ordentliche Lehrer Herrl vom Schullehrer-Seminar zu Petershagen ist in gleicher Eigenschaft an das Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin versetzt worden. Am Schullehrer-Seminar zu Braunsberg ist der kommissarische Hilfslehrer Schulamtskandidat Szafranski definitiv als Hilfslehrer angestellt worden. Die Premier-Adjutanten der Reserve Blaue, Brüning und von Seebach sind unter Ueberweisung zu den Korps-Intendanturen des I. bez. VI. und V. Armee-Korps zu etatsmäßigen Militär-Intendantur-Assessoren ernannt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom 3. Februar, 11 Uhr.

Die zweite Verathung des Etats wird fortgesetzt mit dem Etat der direkten Steuern. Bei Titel 1 der Einnahmen „Grundsteuer“ bemerkt Abg. Sombart (nationall.): Ich halte die Grundsteuer heute noch, wie schon stets, für eine schlechte Staatssteuer, aber für eine vorzügliche Kommunalsteuer. Darum habe ich schon 1871 ein Exposé aufgestellt, die Grundsteuer als Staatssteuer aufzuheben, bin aber deswegen als Rebell und Revolutionär verschrien worden, weil ich dem Staate die festeste Einnahme nehmen wollte. Nun kommt aber die Thronrede auf diesen Gedanken zurück und will die Grund- und Gebäudesteuer an die Kommune überweisen. Wie die Ueberweisung jedoch erfolgen soll, unterliegt sehr großen Bedenken und Schwierigkeiten. Wir brauchen auch noch die Vorarbeiten einer Landgemeinde- und Begeordnungsordnung, um eine richtige Ueberweisung zu haben. Anfangen müßten wir mit der Reform der klassifizierten Einkommensteuer und die Grundsteuer so lange in der Hand behalten bis über die Verwendung auf Grund umfassender Vorarbeiten und organischer Gesetze Klarheit geschaffen ist. (Beifall links.)

Abg. v. Jagow (kons.): Ich möchte bei dieser Gelegenheit an das kürzlich erlassene Gesetz erinnern, betreffend den Erlass von Grundsteuer bei Ueberschwemmungen, und konstatiren, daß sämtliche Anträge beim Finanzminister auf Grundsteuererlasse berücksichtigt sind entsprechend den bei Erlass des Gesetzes im Hause kundgegebenen Grundsätzen. Dabei ist ein unnötiger Formalismus aus dem Spiele geblieben, und ich spreche dem Finanzminister den Dank meiner Partei aus. (Beifall rechts.)

Geheimrath Burghard: Um Mißdeutungen zu vermeiden, muß ich gegenüber dem Vorredner hervorheben, daß wir trotz wohlwollender Prüfung genöthigt waren, einzelne Ansprüche zurückzuweisen bezw. zu beschneiden. Formalitäten wollen wir auch weiterhin vermeiden.

Abg. Nicker (dr.): Ich freue mich, mit dem Abg. Sombart übereinzustimmen, daß die Trennung der Frage der Ueberweisung der Realsteuer und der Reform der Einkommensteuer dringend notwendig ist. Ich halte die Verquickung zweier vollkommen verschiedenen Materien für außerordentlich gefährlich. Daß die Realsteuer sich vorzüglich zu einer Kommunalsteuer eignet, ist schon seit langer Zeit in diesem Hause verfochten worden. Schon 1885 hat der Abg. Michaelis als Berichterstatter der Budgetkommission erklärt, daß eine Reform im Sinne der Ueberweisung der Realsteuer an die Kommunen wünschenswerth sei. Seit der Zeit hatten sich die Dinge allerdings geändert, und das muß in Betracht gezogen werden. Neben dem Schuldotationsgesetz ist ein Provinzialdotationsgesetz in Kraft getreten. Eine Ueberweisung der Grundsteuer ohne Landgemeinde-Ordnung ist undenkbar, und ich frage den Finanzminister, der bisher wie das Grab über diese Frage geschwiegen hat, auch heute: wie stellt die Regierung dazu? Soll die Reform der Landgemeinde-Verhältnisse mit der Reform der direkten Steuern in Verbindung gebracht werden oder nicht? Das ist der Kardinalpunkt, von dem Alles abhängt. (Zustimmung links.)

Abg. Krause (nl.): Sachlich mag es richtig sein, die Reform der Klassen- und Einkommensteuer mit den Realsteuern zu verbinden; aber man darf nicht vergessen, daß das eine Verzögerung der Einkommensteuerreform auf lange Zeit bedeuten würde, ein Resultat, das im Widerspruch steht zur diesjährigen und den vorjährigen Etatsreden. Leider läßt das Schweigen des Finanzministers bei der ersten Verathung des Etats befürchten, daß auch so die angekündigte Reform auf sich warten lassen wird. Meine Partei hat aber den sehnlichsten Wunsch, daß wir uns bald mit dieser Steuer zu beschäftigen haben, und wenn das ganze Haus diesen Wunsch auspricht, wird sich schließlich die Regierung dem allgemeinen Drängen nicht entziehen können. Die Steuerreform ist eben nöthig, weil die jetzige Steuer sozial und wirtschaftlich ungleich ist; denn der gleiche Steuerprozentsatz wirkt bei dem verschiedenen Einkommen verschieden und belastet die ärmeren Massen mehr. Die jetzige Steuer ist aber auch politisch ungerecht, weil unser Wahlsystem die Vermögenden begünstigt; diesen größeren Rechten müßten auch größere Pflichten entgegenstehen. Die Einkommensteuer muß progressiv ausfallend sein, statt, wie jetzt, zum Theil, progressiv abfallend. Politische Klugheit verlangt die progressive Einkommensteuer, für die sich meine Partei erklärt; denn es ist notwendig, den Mittelstand, welcher die Luft zwischen Reichthum und Armen überbrückt, zu stärken. Das fundirte Eigentum muß schärfer herangezogen werden, als das unfundirte; in welcher Form, mag noch dahingestellt bleiben. Ferner gehört zur Reform die Einführung der Deklarationspflicht, welche die Veranlagung gerechter macht. Zwar wollen wir nicht die Selbstanschätzung, sondern Einschätzung durch die Behörden, aber es soll dem Einzelnen die Pflicht auferlegt werden, die Quellen seines Einkommens oder wenigstens Unterlagen für seine Bestimmung anzugeben.

Sodann muß an der Spitze der Einschätzungskommission ein königlicher Finanzbeamter, und nicht ein Beamter der Selbstverwaltung stehen. Bei solcher Einschätzung würde mindestens der doppelte Ertrag wie jetzt zu erzielen sein. Unser Wohlstand steigt und ist entschieden größer als nach der Einschätzung anzunehmen. Gerade die größten Einkommen mit über 96 000 Mark würden bei dem empfohlenen Verfahren allein 19 Millionen mehr ergeben. Bei einer solchen Einkommensteuer würde in Frage kommen, ob nicht die Gewerbesteuer geradezu aufgehoben oder mindestens für die kleinen Leute erleichtert werden müßte. Vereinen wir uns alle zur Einführung dieser Reform zu Gunsten der Ideen und gegen die Interessen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Finanzminister Dr. v. Scholz: So aufmerksam ich auch den Ausführungen zuhöre und sie erwägen werde, mich ich doch aussprechen, daß ich mich aktiv an einer solchen Debatte nicht weiter betheiligen kann. Ein Gesetzentwurf in der gewünschten Richtung wird vorbereitet, und ich als einzelnes Mitglied der Staatsregierung bin daher außer Stande, in das materielle Detail mich noch weiter einzulassen. Ich bitte, nicht anzunehmen, daß ich dabei keinen günstigen Tag habe, sondern prinzipiell muß ich es ablehnen, bei dieser Sachlage auf materielle Fragen zu antworten. Herr Nicker fragt: Soll die Landgemeindeordnung mit der Reform der direkten Steuern verbunden werden? Davon hängt alles ab. Was hängt davon ab? Doch nur, ob Herr Nicker heute zufrieden ist oder nicht! (Heiterkeit rechts.) In praktischer Beziehung hängt davon gar nichts ab. Wenn heute z. B. die Fraktion, welcher Herr Nicker angehört, beabsichtigte, einen Antrag über die Modifizierung der Grundsteuer einzubringen und zu einer Zeit, wo die Sache in der Fraktion — in der wohl nicht alle den gleichen Standpunkt wie Herr Nicker vertreten — noch nicht vereinbart ist, Herrn Nicker fragen würde: wie wird die Sache gemacht, einseitig oder in einer geschickten Verbindung? davon hängt alles ab, — dann würde Herr Nicker den Beschlüssen seiner Fraktion sicher nicht vorgreifen und eine detaillirte Erklärung abgeben. Was der Fraktion billig ist, ist staatlich notwendig, und alle Veruche eines Mitgliedes, mich zu unfruchtbaren Erklärungen zu veranlassen, müssen deshalb scheitern.

Darauf wird die Debatte verbunden mit dem Titel „Klassifizierte Einkommensteuer.“

Abg. v. Gynern (nl.): Ich glaube nicht, daß, wie vielfach behauptet worden, die klassifizierte Einkommensteuer zu stark angezogen worden ist. Unbillig ist die Staatsbesteuerung der Beamten, wie bereits Fürst Bismarck vor Jahren treffend ausgeführt hat. Die Summe, die durch diese Besteuerung der Staat den Beamten wieder von ihrem Gehalt abzieht, beträgt gegen 10 Millionen Mark. Nach Abzug dieser 10 Millionen Mark würde der Ertrag der Klassen- und Einkommensteuer sich auf 55 Millionen belaufen. Dieser Ertrag ist in unserem Etat zu gering, als daß man sich für diese, vielfach beschwerden hervorrufofende Steuer sonderlich begeistern könnte. Die Einkommensteuer bleibt stets ungerecht, weil die Lebensmittelpreise in den verschiedenen Provinzen erheblich verschieden sind. Gelobt ist denn auch die neue sächsische Einkommensteuer beziehungsweise nur vom Abg. Bebel. Nirgends wird über Steuerdruck soviel geklagt als bei uns. Jedes Steuerhystem wird durch das Eindringen in die Privatverhältnisse Unzufriedenheit erregen. Am wenigsten aber ist das der Fall bei den westeuropäischen Steuerhystemen, denen wir uns ja auch schon bei der indirekten Besteuerung angeschlossen haben. In den westlichen Staaten ist die Erbschaftsteuer außerordentlich entwickelt, im Gegenthat zu Preußen. Die Gewerbesteuer nimmt gleichfalls in den Weststaaten eine erheblich bedeutendere Rolle ein als bei uns. In Verbindung mit der Gewerbesteuer werden wir gleich jenen Kulturstaaten den Gedanken der Kapitalrentensteuer — wenn auch in anderer Form als früher versucht — ausführen müssen. Für die Deklarationspflicht würde ich für meine Person mich erklären können. Freilich würde dadurch die Unzufriedenheit über die direkte Steuer in nichts gemindert werden, und über die Form, in der die Deklaration vor sich gehen soll, wird jeder eine andere Meinung haben. Nach meiner Ansicht ist nur möglich die Pflicht zur Angabe der Einkommenquellen und dabei bleibt immer noch der Begriff des Einkommens sehr dehnbar. Man wird dann auch die Deklaration beim Grundbesitz einführen müssen, aber da wird sie sich, weil es sich vielfach um Naturalien handelt, meist nicht durchführen lassen. Die Regierung hat sich früher gegen die Deklarationspflicht erklärt und steht gewiß noch jetzt auf diesem Standpunkte. Meine politischen Freunde haben schon vor Jahren die Quotifizierung der Steuer, die Festlegung eines bestimmten Betrages gefordert; diese Forderung ist aber von dem Minister v. Scholz als parlamentarisches Machtgelüst zurückgewiesen worden. Gleichzeitig hatten wir die Aufhebung der Steuer-Privilegien der Standesherrn verlangt.

Der wunde Punkt unseres Steuerwesens ist die Verquickung der Staats- mit den Kommunalsteuern. Nirgends in der Welt sind die Gemeinden mehr belastet als in Preußen, und jeder Minister legt ihnen zu seinem Theil Lasten zu. Daher auch das ungeheure Wachstum mancher großen Städte, welche gute Steuer-Verhältnisse haben, z. B. Berlins, dessen Miethsteuer in Wahrheit nur sehr unerheblich ist und sich mit der Kirchensteuer in den westlichen Provinzen ausgleicht. Nun wirft man den westlichen Städten vor, daß ihre Einschätzung eine schlechtere ist. Früher mag eine Berücksichtigung der hohen Kommunalsteuerauslässe im Westen bei der Veranlagung stattgefunden haben, heute ist das nicht mehr der Fall, vielmehr ist die Heranziehung dort außerordentlich scharf. Dadurch wird eine große Unzufriedenheit in den Städten erregt, und wenn Sie die Deklarationspflicht wollen — für die ich ja auch stimmen würde — so müssen sie geringere Sätze als die heutigen nehmen. In erster Linie muß die Kommunalsteuer aus der Verquickung mit den Staatssteuern befreit und reformirt werden, sonst wird kein Erfolg erzielt werden.

Abg. Erlke (r.): Wenn Herr von Gynern zwei ganz neue Steuerprojekte, die Erbschaftsteuer und noch eine ausgiebigere Gewerbesteuer vorschlägt, so könnte die Sache für die Herren von der Regierungsbank seine Annehmlichkeiten haben, für uns aber und das Land sehr unangenehm sein. Die Stellungnahme des Ministers ist mir unbegreiflich. Was hat sich denn in der Sachlage verändert, daß er nicht mehr darüber sprechen darf? Würde er mich gefragt haben über Anträge, die

in meiner Fraktion vorbereitet werden, so würde ich ihm alles sagen, was er von mir wissen will. (Lachen rechts.) Wir sind nach wie vor die intimsten Gegner der Getreidezölle und werden es bleiben (Zustimmung links) und werden jede Gelegenheit hier und im andern Hause, die Getreidezölle herunterzusetzen, zu ermäßigen und dann ganz aufzuheben, mit Freuden ergreifen. Sorgen Sie dafür, daß wir eine getreidezollfeindliche Mehrheit im Reichstag bekommen, dann sollen Sie sehen, wie schnell wir am Werke sein werden, und ich hoffe, wir werden Erfolg haben, mit Unterstützung der Nationalliberalen, unter denen ja auch intime Gegner der Getreidezölle sind.

Daß der Herr Minister die Verbindung der Klassen- und Einkommensteuer mit der Landgemeindeordnung nicht sieht, begreife ich nicht. In der Thronrede ist doch die Verbindung der Klassen- und Einkommensteuer mit der Grund- und Gebäudesteuer hervorgehoben, letztere aber steht zweifellos in Verbindung mit der Landgemeindeordnung, so daß sich auch darnach für die Klassen- und Einkommensteuer die Verbindung mit der Reform der Landgemeindeverhältnisse ergibt. — Der Herr Minister macht mit seiner Verweigerung einer bestimmten Auskunft eine Ausnahme von den anderen Ministern. Der Kriegsminister und der Reichskanzler haben im Reichstage wiederholt, wenn auch kein Bundesrathsbeschuß vorlag, ihre persönliche Ansicht geäußert, auch die früheren preussischen Minister Camphausen und Bitter — ob es letzteren freilich gut bekommen ist, weiß ich nicht, und vielleicht ist gerade wegen der späteren Vorkommnisse die Vorsicht eine größere geworden.

Die Einzelfragen hier schon zu besprechen, ist wenig angebracht, namentlich sollte man vorsichtig sein mit Aeußerungen über die Deklaration, weil es da immer auf den vorliegenden konkreten Gesetzentwurf ankommt. Eine nach oben progressiv steigende Einkommensteuer ist gewiß wünschenswerth. Aber es fragt sich doch, ob wir in Preußen eine weitere Heranziehung der höheren Einkünfte ausführen dürfen, wenn nicht auf der anderen Seite die Gewähr für eine entsprechende Entlastung nach unten gesichert ist. Diese Entlastung müßte aber doch eintreten durch Herabsetzung der Getreidezölle, und wie können wir hier auf eine solche Herabsetzung, die vom Reichstage zu erfolgen hat, hinwirken, wenn auch die Getreidezölle bereits den höchsten Punkt erreicht haben? (Zuruf rechts: Abwarten!) Nun, es ist klar, daß Deutschland gegenwärtig im höchsten Maße durch die künstliche Vertheuerung des Lebensunterhaltes geschädigt ist. Deutschland arbeitet am theuersten von allen Ländern, und Sie werden bald einsehen, daß es für Sie wichtig ist, den Lebensunterhalt für die Arbeiter so billig zu machen, wie es auf natürlichem Wege nur angeht. Wir haben, um an der richtigen Stelle mit der Belastung auf der einen und der Entlastung auf der anderen Seite voranzugehen, die Progression der Steuern im Reichstage vorgeschlagen, und wir werden den Versuch, den wir für sehr wohl durchführbar halten, wiederholen.

Vor allem müssen wir vom Finanzminister über zwei Punkte Auskunft verlangen. Einmal über das Wahlrecht, dieses darf nicht gekürzt werden bei einer Steuerreform. Dann müssen wir an der Quotifizierung festhalten und nicht zur Kontingentierung schreiten; das wäre ein trauriger Nothbehelf. Was jedes konstitutionelle Land hat, was die kleinen deutschen Staaten schon längst haben, das hat das große Preußen noch nicht. Ohne Quotifizierung keine Reform der direkten Steuern. Als wir einmal die Quotifizierung hier vorgeschlagen, da stimmte fast das ganze Haus mit uns. Es scheint mir unmöglich, daß wir, nachdem wir Hunderte von Millionen an Zöllen im Reiche der Regierung bewilligt haben, die ohne die Zustimmung der Regierung gar nicht abgeändert werden können, noch gar die direkten Steuern für immer in die Hände der Regierung geben.

Herr Krause sprach von dem Reichthum Deutschlands. Der Gedanke von unserem Reichthum ist etwas üppig emporgewachsen und mit ihm die ganze Art der Bemessung der Ausgaben im Reich und in Preußen. Es ist nicht gut, diesen Gedanken zu nähren. Mit den französischen Milliarden haben wir auch Luft bekommen, nach Milliardenart zu arbeiten im persönlichen Haushalt wie im öffentlichen Leben, und es wäre sehr gut, wenn die alte konservative Manier Platz griffe und jene nichterne Sparfamkeit, in welcher selbst die Landrathskammer ein Vorbild gewesen ist. (Sehr richtig! rechts.) Heute treibt man die innere Politik der Landrathskammer, aber eine Finanzpolitik, die neben ihr nicht bestehen kann. Wir sind in der Finanz weit zurück hinter andern Ländern, mit denen wir uns in Bezug auf die Macht messen können. England, das 4-6 mal so reich ist als wir, kann sich seines Reichthums rühmen und eine entsprechende Politik verfolgen, wir nicht.

Ich möchte noch Auskunft erbitten über zwei Dinge. In einer früheren Session ist die Frage angeregt worden, ob eine Veröffentlichung der Klassen- und Einkommensteuereinschätzungsgebiete zulässig ist. Die Antwort der Regierung ist zweifelhaft geblieben. Ich halte es für wünschenswerth, das bestimmt zu entscheiden. In Elbing sind die Einschätzungslisten seit 1876 gedruckt und verbreitet worden, und die Stadtverordnetenversammlung hat das als legensreich anerkannt, weil dadurch eine richtige Einschätzung befördert wird. 1888 hat sich der Magistrat aber gegen dies Verfahren erklärt und 1889 die Danziger Regierung die Veröffentlichung als den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechend angesehen. Ich halte diese Veröffentlichung für nützlich. Sind gesetzliche Bestimmungen dagegen, dann wollen wir sie abändern.

Die zweite Frage bezieht sich darauf, daß in Oesterode die kleinen Grundbesitzer in der Schätzung ihres Reinertrages scharfer behandelt werden als die großen Grundbesitzer. Auch aus Glogau kommt eine Verfügung des Landraths mir zur Kenntniß, nach welcher ebenfalls der Grundsteuerertrag der kleineren Grundbesitzer in einer Art Skala viel scharfer geschätzt wird als der der größeren Besitzer. Solche Verfügungen sind doch gesekwidrig. Ob die Reinerträge der kleineren Grundbesitzer verhältnismäßig größer sind als beim Grundbesitz, ist noch eine offene Frage und richtet sich nach den verschiedenen Gegenden und der Art der Bewirthschaftung. Deshalb ist eine Generalverfügung, welche eine Art Skala für die Einschätzung nach den Reinerträgen aufstellt, absolut unzulässig. Billigt der Finanzminister diese Verfügungen oder wird er sie rektifiziren?

Der Wortlaut der Steuergesetze in ihren Ausführungsbestimmungen ist Nebenache, die Durchführung im Einzelnen durch

technisch gebildete Beamte ist die Hauptsache. Darum sage ich ohne Animosität: Weg mit den Landräthen aus der Leitung der Einschätzungen und setzen Sie an ihre Stelle technisch gebildete und erfahrene Finanzbeamte. Dann werden derartige Verfügungen nicht mehr vor kommen. Und auch der Finanzminister sollte deswegen ein Freund dieser Idee sein. (Beifall links.)

Geheimrath Burghardt: Ich bin zu der Erklärung ermächtigt, daß der Finanzminister, auch nachdem Herr Nickerich hiermit bereit erklärt hat, über event. in Vorbereitung befindliche Anträge seiner Fraktion sich auszusprechen, es ablehnen muß, auf die materiellen Punkte des vorbereiteten Gesetzesentwurfs einzugehen. Was sollte denn daraus werden, hier über die Schwierigkeiten im Schooße der Regierung zu erwägen materiellen Fragen eine Kritik einzuleiten? Das hieße die Angelegenheit von vornherein festfahren. (Zustimmung rechts.) Haben wir doch erlebt, daß, wenn begeistert und einstimmig eine Resolution auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfs angenommen ist, eine Reihe von Personen, wenn der Entwurf vorliegt, abschwenkt und sich bemüht, möglichst viel Böcher in den Entwurf hineinzuschlagen. (Heiterkeit rechts.) Noch viel weniger kann etwas zu Stande kommen, wenn gleich von vornherein alle Meinungen in den schwierigsten Fragen gehört werden sollen.

Was die Frage der Veröffentlichung der Einschätzungslisten betrifft, so ist die Regierung der Ansicht, daß eine derartige Veröffentlichung unzulässig ist, weil nach dem Gesetz den Geszten die Einschätzungen in einem verschlossenen Kuvert überhändigt werden müssen. Bei der Klassensteuer ist das ja ein wunder Punkt, da hat man eine öffentliche Auslegung, in die jeder Einsicht nehmen kann, und bis jetzt sind die Versuche zu einer Besserung vergeblich gewesen. Die Regierung hat aber stets den Standpunkt vertreten, daß hier eine Besserung wünschenswerth sei. Freilich muß in Betracht gezogen werden, daß ein Verbot der Auslegung nicht viel hilft, weil aus den Wählbüchern sich dann doch die Einkommenverhältnisse ergeben. Anders steht es ja mit den Kommunalsteuern: hier aber ist die Regierung nicht in der Lage, einzuschreiten, und sie hat auch keine Handhabe, der Bervielfältigung der Kommunalsteuerlisten entgegen zu treten.

Was die Grundsätze über die Veranlagung des kleinen Grundbesitzes bei der Einkommensteuer angeht, so ist es allerdings nicht möglich, die allgemeinen Grundsätze, welche für die Grundsteuer gelten, ohne weiteres auch für die Einschätzung des steuerpflichtigen Einkommens zu verwenden, weil die Verhältnisse so ungleich verschieden sind, je nachdem es sich um Pachtungen, um verschuldete oder unverschuldete Grundstücke handelt. Immerhin aber bietet der Grundsteuerentwurf eine werthvolle Grundlage, da ein gewisses Verhältniß zwischen dem Jahreseinkommen und dem Grundsteuerentwurf zu bestehen pflegt, und zugleich in den Instruktionen eine sehr sorgfältige Normierung des Normalanlasses vorgegeben ist. Es gilt hier immer noch die Instruktion von 1877; neue Verfügungen zum Schaden der kleinen Besitzer liegen nicht vor, und wenn hier an einzelnen Stellen Ungleichlichkeiten vorgekommen sind, so wird der Herr Finanzminister nach genauer Einsicht zweifellos Remedur eintreten lassen. Daß, wenn man den Grundsteuerentwurf zu Grunde legt, zwischen großen und kleinen Grundstücken ein Unterschied zu machen ist, ist selbstverständlich, da ja bei letzteren die persönliche Arbeit eine viel größere Quote des Einkommens bildet als bei dem ersteren.

Abg. v. Röcher (kon.): Eine bestimmte Stellung zu der Reform der direkten Steuern können wir nicht nehmen, weil der Entwurf noch nicht vorliegt. Wir bedauern es aufrichtig, daß der Entwurf weder im vorigen noch in diesem Jahre vorgelegt ist. (Zustimmung rechts.) Wir sind an der Verzögerung nicht schuld.

Die Reform ist dringend notwendig, das ist eine alte Forderung der konservativen Partei. Die Art der jetzigen Einschätzung ist anerkanntermaßen mangelhaft. Die Selbsteinschätzung müßte eingeführt werden. Reichen Leuten ist es zwar sehr unangenehm, zu deklarieren was sie eigentlich besitzen. Das war aber kein Grund gegen eine gerechte Maßregel sein. Daß die Regierung zu viel Geld in die Hand bekommt, ist auch kein Grund, wir haben dafür sehr viele Verwendungen, und wenn alle Stricke reißen, kann es zur Schuldentilgung dienen. Schwierig ist die Sache ja, aber wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Kanitz (kon.): Herr Nickerich hat keine Ahnung von den Schwierigkeiten der Einschätzung einer Dorfgemeinde, sonst würde er nicht verlangen, daß die Landräthe aus der Leitung der Einschätzungen entfernt werden sollen, und nicht versuchen, durch Kritik von Verfügungen erfahrener Landräthe Drachensaat zwischen Groß- und kleineren Besitzern zu säen. Formell mag Herr Nickerich ja Recht haben, daß die Aufstellung einer Skala nach dem Reinertrag nicht dem Gesetz entspricht, und es wäre besser, die Veröffentlichung solcher Grundsätze unterbliebe; aber im praktischen Leben kommt die Sache wirklich auf solche Grundsätze heraus, sonst ist eine richtige Einschätzung überhaupt nicht zu erreichen.

Ich bin zwar nicht damit einverstanden, daß die Personalsteuer von der Grund- und Gebäudesteuer zu trennen ist, aber dazu liegt keine Veranlassung vor, die Landgemeindeordnung, die Quotifurung oder Kontingentierung in die Fragen hineinzuworfen. Das sind eben die Steine des Anstoßes bei früheren Reformversuchen gewesen. Herr v. Gynern hat sich zwar prinzipiell mit einer Reform einverstanden erklärt, aber dann einen ganzen Chimborasso von Gegenständen gehäuft, so daß er als der eigentliche Gegner einer Reform des jetzigen Systems gelten muß. (Sehr wahr! rechts.) Seine Vorschläge sind schwerlich annehmbar. Eine Erbschaftsteuer wäre die unpopulärste Steuer, die wir einführen könnten. (Sehr richtig! rechts.) Herr Nickerich hat eine kleine Wahlrede gehalten und dabei auch die Zolleinnahmen aus den Getreidezöllen gestreift. Unsere Zolleinnahmen werden sich in diesem Augenblick auf 370 Millionen vermehrt haben, wovon die Gemeinden den wesentlichsten Vortheil haben. In der Freihandelsperiode betragen die Einnahmen nur etwa 140 Millionen Mark. Es wäre mir demgegenüber lieb, wenn Herr Nickerich genau die Stellung fixieren wollte, welche seine Partei zu den Schutzzöllen bei den Wahlen einnehmen will. Er will die Getreidezölle nicht einseitig aufheben. In dem freisinnigen A-B-C-Buch ist aber ein Artikel über Zolltarif, der mir ganz so vor kommt, als ob er von Herrn Nickerich selbst geschrieben sei. Er schildert die schrecklichen Wirkungen der Schutzzölle, welche die Lebensmittel verteuern, zu Preissteigerungen Anlaß geben, und verlangt Abschaffung sämtlicher Schutzzölle. Mit der Abschaffung aller industriellen Zölle, auch der Textil- und Eisenzölle, aber scheint er bei seinen Fraktionsgenossen keinen Beifall gefunden zu haben. In den Wahlflugblättern heißt es immer nur: „Frei muß das Brot sein und frei das Licht!“ Das freisinnige Wahlprogramm, das endlich erschienen ist, ist in dieser Beziehung stark mit dem Wirschtuch gearbeitet. Im Eingang heißt es, daß die Schutzzölle zu Gunsten der Industriellen und Großgrundbesitzer die Konsumenten benachtheiligen. In den Postulaten der freisinnigen Partei aber am Schluß ist in Beziehung auf die Aenderung der Zölle eine Form beliebt worden, aus der jeder herauslesen kann, was er will. Ich möchte bitten, daß Herr Nickerich eben so scharf, wie er die Lebensmittelzölle aufheben will, erklärt, daß auch die Eisenzölle und die Textilzölle aufgehoben werden sollen. Dann wird die Bevölkerung wissen, was sie von einem solchen Wahlprogramm zu halten hat.

Es heißt auch, die Schutzzölle hätten das Zurückgehen des

Exports verschuldet. Ich behaupte aber, daß dem eine erhebliche Zunahme des inländischen Konsums gegenübersteht. Beim Eisen z. B. bei welchem der Export allerdings nachgelassen hat, ist der inländische Konsum von früher 51 Kilo auf zuletzt 100 Kilo pro Kopf gestiegen.

Herr Nickerich folgert in dem A-B-C-Buch aus der Abnahme der Einfuhr, daß das Land um die entsprechenden Summen verarmt sei. Das ist nicht zutreffend, da sich die Abnahme nur auf die zu verzollenden Gegenstände erstreckt, nicht aber auf die zollfreien. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die bestehenden Zölle aufrecht zu halten sind. Ein gleichmäßiger Schutz der nationalen Arbeit zur Erhaltung eines gleichmäßigen Wohlstandes aller Erwerbszweige muß das Ziel einer gesunden Wirtschaftspolitik sein. Das ist auch unser Wahlprogramm, und mit diesem werden wir hoffentlich bessere Geschäfte machen als die Herren von der deutsch-freisinnigen Partei mit dem ihrigen.

Abg. Nickerich (fr.): Der Vordredner hat hier sogar ein Wahlprogramm veröffentlicht, während in meiner Rede auch keine einzige auf die Wahl bezügliche Zeile sich befindet. Er ist in seinen Wahlleifer sogar so weit gegangen, mir aus einem Briefe eine Stelle auf den Leib zu schneiden, mit der ich absolut nichts zu thun habe. Das A-B-C-Buch ist nicht von der freisinnigen Partei geleitet herausgegeben, als solche hat diese absolut nichts mit ihm zu thun; ich habe auch nicht eine Zeile für dieses Buch weder geschrieben noch diktiert. Wohin soll die parlamentarische Diskussion führen, wenn jemand unter der Beschuldigung, der Gegner halte eine Wahlrede, und er scheinere irgend einen Artikel in einem Buche geschrieben zu haben, ihm entgegen tritt und solche Ausführungen macht, wie Herr Kanitz. Dabei kann eine parlamentarische Diskussion nicht bestehen. (Lachen rechts.) Der Herr Graf thut gerade so, als ob er mein Wähler und das Haus eine Urwählerversammlung wäre. Gegen solche Behandlung protestiere ich. Will er Fragen an mich stellen, dann mag er in einigen Tagen nach Danzig kommen, wo ich vor meinen Wählern reden werde.

Der Vordredner hat dann ferner behauptet, meine Ausführungen über die Einschätzung des kleinen Grundbesitzes trügen einen agitatorischen Charakter. Das ist eine Unterstellung, zu der ich dem Grafen Kanitz jedes Recht befreie. Mit den Erklärungen vom Regierungstisch bin ich zufrieden, und habe erreicht, was ich wollte.

Die Quotifurung hängt wohl mit der Steuerfrage zusammen. Sie ist eine Vorfrage, die unter allen Umständen gelöst werden muß, das ist ein konstitutionelles A-B-C.

Meine Stellung zu der Frage der industriellen Zölle kann sich Herr Graf Kanitz selbst beantworten, wenn er meine Reden darüber liest. Ihm das noch besonders auseinanderzusetzen, kann er nicht verlangen. Mit dem Gedicht: „Frei muß das Brot sein und frei das Licht“ habe ich nichts zu thun. — Die Steigerung des inländischen Eisenkonsums hat seinen Grund in den großen Mehrbestellungen der Regierung für Heer und Marine, die Mehrproduktion ist also eine künstliche. Wenn Herr Kanitz darüber erfreut ist, steht er in Widerspruch mit der Landwirtschaft des Ostens, welcher dadurch die Arbeitskräfte entzogen werden.

Die steigenden Zolleinnahmen sind nichts weniger als erfreulich, den Kommunen sind sie lästig, weil ihr Ertrag schwankend ist. Dann aber bedenken Sie, welche Belastung mit diesen Einnahmen verbunden ist. Von 1.8 ist die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Belastung auf 7-8 Mark gestiegen, (hört, hört, links!), und zwar sind hier die schwächsten Schultern am stärksten in Mitleidenschaft gezogen. Ich überlasse es denen, die es angeht, zu beurtheilen, wie es sich verhält, wenn Herr Kanitz sich zum Ruhredner einer solchen Politik macht, und dann sagt, die Erbschafts-

Psychologische Gesellschaftsbilder.

Die „Suggestion“ im alltäglichen Leben.

Von Ottomar Beta.

Motto: Du siehst, ein Hund und kein Gespenst ist da. Goethe.

Es begegnet einem neuerdings trotz der Fremdwörterverfolgung oft das Wort Suggestion. Damit ist die Uebertragung des Willens von dem Einen auf den Andern gemeint. Und zwar huldigen die Adepten des Occultismus der Ansicht, daß solche Uebertragungen bei dem Opfer des Experimentes nur im hypnotischen, d. h. in einem schlafähnlichen Zustande sich vollziehen, ja, daß es eines Mediums dazu bedürfe. Aber fürchte der Leser nicht, daß ich ihn mit spiritistischer Wissenschaft — wenn es eine solche giebt — unterhalten wolle. Vielmehr gehe ich von der Ansicht aus, daß derartige Willensübertragungen etwas ganz alltägliches seien und daß sie das gesammte Gefüge des Weltenbaues durchdringen, etwa wie eine unwägbar Kraft, wie der Magnetismus und die Elektrizität. Denn auf einer ähnlichen Metarmorphose der einen Urpotenz beruht wohl schließlich auch jenes Phänomen, welches wir Leben nennen und welches sich hauptsächlich durch den Willen zum Leben und zu seinen verschiedenen Thätigkeiten äußert.

Schon die Alten haben das Phänomen der Suggestion gekannt. Wenigstens scheint das aus einer eleganten Legende hervorzugehen, deren Mittheilung wir dem Buche „die Kunst verheirathet und doch glücklich zu sein“ verdanken. Darnach stiegen einige kleine Göttinnen, neugierig, die Menschen kennen zu lernen, vom Olymp herab und mischten sich unter das Volk in den Gassen, gleich einer Art von Vacerten; sie nahmen auch wohl Wohnungen und luden diverse Exemplare des Genus homo sapiens zu sich ein. „Na,“ soll später Allwater Zeus gefragt haben, „wie ist Euch der Spaß bekommen? Was haltet Ihr von diesen Geschöpfen?“ Die abenteuernden Olympierinnen legten angeblich das größte Erstaunen an den Tag. „Menschen,“ erwiderten sie, „sind Wunder.“ Sie sind wandelbar wie das Chamäleon und nehmen jede Gemüthsart an, die man sich an ihnen wünscht. Sage Jemandem, er sei edelherzig, sofort schenkt er Dir irgend ein kostbares Geschenk, traue ihm dagegen einen Diebstahl zu und betrachte ihn argwöhnisch, so ist er im Stande, sich mit Deiner goldenen Fibel davonzustehlen. Er ist offenherzig und mittheilsam oder verschlossen und sogar lügnerrisch, ehrlich oder trügerisch, ganz wie Du es Dir vorher einbildest.

Allwater Zeus lächelte sinnend und sagte: „Wäre dem nicht so, wie Ihr es aufgefunden, so würde bald der gesammte Weltenbau aus den Fugen gehen.“

Wenigstens könnte er sich in dieser Weise geäußert haben.

Jeder Blick in das Walten der Lebewesen giebt uns ein Beispiel von der Allgegenwart der „suggestionirenden“ Kraft. Der Leser verzeihe, wenn ich, um das Phänomen in seinen stärksten Ausprägungen vorzuführen, gleichsam — auf den Hund komme.

Es ist doch jedenfalls ein beachtenswerthes Phänomen, daß der Mensch den Hund genau so behandelt, wie der Hund es vom Menschen erwartet.

Es ist gesagt worden, der Hund halte den Menschen für seinen Gott, weil er ihm allerdings mit an das Religiöse grenzender Treue überall folgt und ergeben ist.

Verwechselt man nun Ursache und Wirkung, wenn man sagt, daß hierin in dieser Hingebung gerade der Grund liege, weshalb der Mensch seinerseits den Hund so gut behandelt, nämlich gerade wie sein eigenes Geschöpf — oft besser?

Ich denke nein. Denn warum steht der Mensch andererseits dem Fuchse so feindselig gegenüber, der doch des Hundes nächster Vetter ist, wenn es nur bei ihm läge, wie er sich verhalten wolle?

Der Fuchs ist ein viel klügeres Wesen als der Hund, welcher letztere in der Freiheit und sich selbst überlassen, einfach verhungern würde. Außerdem ist der Fuchs weit hübscher, zierlicher, agiler. Aber vielleicht eben deshalb, weil der Fuchs den Menschen für einen grausamen Verfolger hält, der ihm, anstatt ihm Braten und Saucen darzubringen, im Gegentheil sogar das ungebratene Huhn mißgönnt, deshalb verfolgt ihn der Mensch und heßt ihn selbst, auch wenn er ihn schon, mit Hundem. Wenigstens ist dies ein Hauptpost in England, zu dessen Kultus man so weit geht, Füchse zu importieren. Wie macht es der Hund? Er wedelt und legt sich dem Menschen zu Füßen, er folgt ihm in sein Haus, legt sich zuversichtlich auf die Schwelle, unter den Stuhl des Menschen, ja, auf das Trottoir in der Friedrichstraße, da wo es am lebhaftesten hergeht, und wird doch nirgends getreten! Wir können uns darauf verlassen, wenn der Fuchs ebenso vertrauensselig wäre, so würde auch er ebenso entgegenkommend und rücksichtsvoll behandelt werden. Die kleinen Jungen, die zur Schule gehen, würden auch ihm den besten Theil ihrer Frühstückstullen geben, nämlich den Braten, wie sie es dem sie umschopernden und umwedelnden Hunde gegenüber an der Mode haben, da sie selbst lieber ein bißchen darum hungern, um nur das ihnen entgegen getragene Vertrauen belohnen zu können.

Gewiß würden sie auch die Krage nicht mit Steinen werfen, wenn dieses sonst so häusliche, zärtliche, saubere und schnurrende Geschöpf nicht vor ihnen stets in wildesten Sätzen reißaus nähme.

Natürlich ist das alles nicht so einfach aufzufassen. Das Leben ist ja etwas außerordentlich komplizirtes, sagt Taine. Aber in der Hauptsache bleibt dieses gegenseitige Verhalten von Mensch und Thier eine Suggestionsercheinung.

Das Pferd zum Beispiel hält den Menschen für einen gerechten Herrn, ein Mensch, der gegen das Pferd nicht gerecht ist, der steht ja wohl schon beinahe unter dem Gesetz. Er ist vogelfrei, wenigstens in den Augen der Thierschutzvereiner.

Und nun gelangen wir zu den höheren Sphären, den psychologischen Beeinflussungen, welche zwischen Menschen und

Menschen stattfinden, und von denen die Spiritisten hauptsächlich die psychiatrischen, d. h. krankhaften, zu ihrem Studium machen. Wir halten uns an die normalen. Heißt es nicht: Vertrauen fordert Vertrauen? Ist nicht jede Aeusserung, die wir seitens eines Mitmenschen hervorrufen, gleichsam ein Echo unserer eigenen Worte? Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es uns aus demselben entgegen. Ein Pessimist wird überall mit Achselzucken abgewiesen werden, ähnlich den Graumalern und Impressionisten, die man aus dem Salon verweist. Der Optimist aber, der bei seinen Mitmenschen gemeinhin die beste Absicht voraussetzt, wird überall von freudigen Gesichtern begrüßt. Selten, daß ein Lächeln nicht ein Lächeln zur Erwidderung findet. Diese Gegenseitigkeit des Wohlwollens hält das soziale Gefüge zusammen. Wehe, wenn dasselbe einen Riß bekommt, wenn der Pessimismus zum Bekennnisse der Gesellschaft erhoben wird. Dann erlischt das instinktive Bewußtsein der Solidarität und große Gewitter stehen bevor zum Ausgleich der Spannungen.

Deshalb ist unsere jetzige deutsche Erziehungsmethode der höheren Schule, welche darauf hinielt, „schneidige“ Leute zu schaffen, vielleicht nicht die ganz richtige. Allzu scharf macht scharf, und wer zu schneidig ist, schneidet leicht sich selbst.

Besser wärs jedenfalls, man folgte dem englischen System, Gentleman zu erziehen, d. h. sanfte, geduldige Männer, welche, soweit sie den Hochschulen entstammen, vor allen Dingen das gemeinsame Interesse ihrer Nation im Herzen zu hegen und im Hirn zu erwägen gelernt haben, wie sie alles zum Besten kehren können. Sie halten das Prinzip der english equity stets empor, und es ist unsere größte Schwäche, daß wir demselben eine aequitas germanica noch nicht zur Seite und im Kampfe auf dem Weltmarkte entgegen stellen können. In den Gebildeten liegt, eine solche zu schaffen; sie sind die Träger der Staatsgewalt und des gesellschaftlichen Gefüges und haben es in der Hand, beim Volke auf dem Wege der Suggestion den Groll gegen das Bestehende oder die Freude daran zu erzeugen; je nachdem sie in wohlwollender Fühlung mit demselben bleiben oder sich von demselben mißtrauisch und hochmüthig abschließen. Denn der Hochmuth erzeugt den Hochmuth, und es kann Niemand hochmüthiger sein als der auf seine Menschenrechte pochende Sansculotte.

Doch wohin gerathen wir? Es war wirklich nicht meine Absicht, Moral zu predigen. Aber sagt man nicht, ein gutes Wort findet eine gute Statt? Und die Billigkeit, bleibt sie nicht immer eine anpreisenwerthe Sache? Sie ist (um ein viel belachtetes Wort zu travestiren) die Mutter der Billigkeit.

Ich hege die Zuversicht, daß meine wohlgemeinten Worte gut aufgenommen werden. Und siehe da, der Leser verzeiht mir und ist mit mir der Ansicht, daß über allen Institutionen, die der Staat zu schaffen vermöchte, die eine obwalte, welche wir der Hand der Natur selber verdanken und welche die Spiritisten mit dem seltsamen Namen benennen: Suggestion.

steuer sei unpopulär. Sie sind erkannt, Verehrtester! (Geisterlichkeit.) Ueber Ihr Wahlprogramm werden die Wähler urtheilen. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Erffa (kons.): Die Freisinnigen sind für Postivies nie zu haben, sondern schwören nur für das Unausführbare. So waren sie gegen die vorher von ihnen verlangte Branntweinsteuer, gegen die Kapitalrentensteuer, gegen die Verstaatlichung der Reichsbank, und angeht dessen wollen sie immer noch den kleinen Mann vertreten.

Wenn Herr Rickert nichts mit dem vorhin zitierten Gedicht zu thun hat, so wird ihm ein gleiches aus dem Rickertischen „Reichsblatt“, das kürzlich erschien, weniger fremd sein. Dasselbe schließt mit den geschmackvollen Worten „Gebt uns die Freiheit, die ich meine, gebt frei das Rindfleisch und die Schweine“. (Geisterlichkeit.) Der Wähler, auf den das Eindruck macht, müßte an Gehirnerweichung leiden.

Die Steigerung der Getreidepreise ist gar nicht vorhanden. Der Weizenpreis steht noch unter dem Durchschnitt von 1873—77. Der Roggenpreis entspricht demselben nur annähernd. Wenn das Brot zum Theil theurer ist, so liegt das daran, daß man die Nachforschungen gerade bei den theuersten Bäckern angestellt hat. Die Brotpreise bei den Bäckern sind so verschieden, daß bei einer größeren Familie allein diese Differenz über 5 Mark wöchentlich ausmacht. Sie werden mit dem Aufzug der künftlichen Lebensmittelpreise es noch zur Einführung der amtlichen Brotpreise bringen.

Abg. v. Czarlinski (Pole) erklärt sich im Ganzen mit den Ausführungen des Abg. Sombart einverstanden. Auch seiner Partei sei eine Reform der direkten Steuern in der Heranziehung der größeren Einkommen erwünscht. Die Steuerkraft werde im Osten vielfach zu schaff ausgenutzt. Der Grundbesitz im Osten dagegen müßte entlastet werden, die Eisenbahntarife geändert und der Auswanderung der Arbeiter energischer Inhalt gethan werden.

Abg. Frhr. v. Huene (Ztr.) bezieht sich auf seine früheren Ausführungen in der Generaldebatte und in früheren Jahren, an denen er festhalte, ohne sich in Details zu vertiefen. In der Debatte sei der allgemeine Fehler gemacht, spezielle Wünsche mit der Reform der direkten Steuern zu verbinden. Die konservative Forderung, die Ueberweisung der Gebäudesteuer an die Kommunen nicht mit der Reform zu verbinden, bebauere er, denn ohne eine organische Reform der Ueberweisungsfrage könne er sich keine Steuerreform denken. Die Regierung solle die Debatte nicht tragisch nehmen, denn die Wahlen zum Reichstag ständen vor der Thür und hätten auch auf diese Debatte ihre Schatten geworfen. Ständen die Reichstagsitzung erst fest, dann würde man hoffentlich zu einer Verständigung kommen.

Nach unerheblicher weiterer Debatte schließt die Diskussion, die Einnahmetitel 1 bis 7 werden bewilligt.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Dienstag 11 Uhr.

Deutschland.

Δ Berlin, 3. Februar. Der wichtige Herr von Cynern hat heute im Abgeordnetenhaus gemeint, daß gerade 433 verschiedene Ansichten über die Steuerreform im Hause vertreten seien, nämlich soviel, wie Abgeordnete da seien. Das ist doch wenigstens eine Zahl, an die man sich halten kann, und die, wenn nicht durch anderes, so doch durch ihre Stimmlichkeit imponirt. Wenn man aber auch schon weiß, daß 433 verschiedene Meinungen über die preussische Steuerreform existiren, so fehlt immer das Wichtigste, nämlich die 434te Meinung, mit anderen Worten, die der Regierung. Was das Staatsministerium für Ansichten hinsichtlich der Reform hat, ist heute so unklar, wie es immer gewesen ist. Herr v. Scholz hätte die schönste Gelegenheit gehabt, der faustmüthigen Aufmunterung aus allen Theilen des Hauses nachzugeben und die Neugier nach den leitenden Ideen der Regierung zu befriedigen. Aber er hat nichts dergleichen gethan. Mit einer wahrhaft entrüsteten Strenge, die etwas Catonisches an sich hatte, erklärte er kurz angebunden, daß er es ablehne, zu sagen, welcher Steuerplan in der Vorbereitung begriffen sei. Zweifler sind der Meinung, daß sich hinter dieser Ablehnung zunächst nichts verberge als die Unsicherheit der Staatsregierung selber. Jedenfalls wird man noch sehr lange darauf warten können, bis Herr von Scholz den Mund aufthut, um das Geheimniß der preussischen Steuerreform zu enthüllen. Aus der heutigen Debatte hat er immerhin einiges lernen können. Nach seiner eigenen Erklärung ist er den Ausführungen des nationalliberalen Abg. Krause „mit Achtung und Aufmerksamkeit“ gefolgt. Vielleicht überrascht der Minister die Welt, indem er seine Reformvorlage ebenfalls auf diesen Ton der „Achtung und Aufmerksamkeit“ gegenüber Vorschlägen stimmt, die zum mindesten die Eigenschaft der Gründlichkeit haben. — Unter dem Titel „Der rasende See der bayrischen Zentrumsfraktion“ hat der katholische Pfarrer Stampf eine Schrift herausgegeben, welche einiges Aufsehen zu erregen geeignet ist. Obgleich die Schrift das Mißfallen der bayrischen und theilweise auch der preussischen Zentrumsleiter erregen wird, muß der grundsätzliche Standpunkt, auf welchem der Verfasser steht, als der eines gemäßigten Ultramontanismus bezeichnet werden. Das Bemerkenswerthe der Schrift ist die Stellungnahme zur Glaubens- und Gewissensfreiheit. Glaubens- und Gewissensfreiheit, sagt Herr Stampf, haben wir zwar natürlich nicht Gott gegenüber, wohl aber den Menschen gegenüber als unser Recht zu verlangen. Dieser Satz ist in dieser Fassung neu, aber er ist katholisch-dogmatisch wohl unangreifbar, soweit unter „wir“ die Katholiken verstanden werden. Die Konsequenz ist offenbar die Anerkennung der Gleichberechtigung der Bekenntnisse durch den Staat und diese Konsequenz wird vom Verfasser denn auch ausdrücklich gezogen. In Deutschland, wo die Katholiken numerisch in der Minderheit sind, wird der Ultramontanismus sich gern zu diesem Satze Stampfs (trotz des Widerspruchs gegen andere Ausführungen des Verfassers) bekennen. Aber auch dort, wo die Katholiken in der Mehrheit und in der Macht sind? Oder sollte dort das Wort Louis Venillots: „Wo wir die Minorität haben, verlangen wir die Freiheit auf Grund liberaler Prinzipien; wo wir aber die Majorität haben, verweigern wir die Freiheit kraft unserer religiösen Anschauungen“ noch gelten?

— Am Sonnabend Nachmittag nahm der Kaiser wieder Unterricht im Florettfechten. Am Sonntag Vormittag empfing der Kaiser den Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt und den Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen und nahm dann mit beiden Fürsten das Mittagmahl ein. Nachmittags empfing der Kaiser den Kammerherrn v. d. Kneesebeck und den Professor Blochhorst, welche demselben Porträts nach dem Leben der Kaiserin Augusta vorlegten. Zur Abendtafel war der fürstlich Lippe'sche Rabinetsminister Wolffgramm eingeladen worden. Gestern Vormittag gewährte der Kaiser den Malern Koner und Bekert, sowie auch dem Bildhauer Breuer eine längere Porträtsitzung. Später empfing der Kaiser den Geheimen Kommerzienrath Krupp, sodann den Bildhauer Professor Reinhold Begas, den Rittmeister a. D. von der Schulenburg und den Militärattaché bei der kaiserlich deutschen Botschaft in Brüssel, Major Graf Schmettau, vor dessen Rückkehr auf seinen Posten.

— Wie man der „Pol. Korresp.“ aus Petersburg meldet, gilt es nunmehr in dortigen unterrichteten Kreisen als feststehend, daß Kaiser Wilhelm II. den russischen Heeresmandatvern im Sommer dieses Jahres beizubehalten wird.

— Die Kaiserin wohnte am Sonntag Vormittag dem Gottesdienste in der Matthäikirche bei.

— Die Kaiserin Friedrich empfing am Sonntag den Premier-Lieutenant im 2. Leib-Husaren-Regiment Prinz von Ardeck, den Oberstlieutenant und Kommandeur des Schlesiens Kürassier-Regiments v. Frankenberg sowie den früheren Adjutanten weiland des Kaisers Friedrich, Major v. Bietinghoff.

— Wie der „Naval and Military Argus“ erfährt, wird der Herzog von Cambridge voraussichtlich im Oktober d. J. auf seinen Antrag von seinem Posten als Höchstkommandirender der britischen Armee entbunden und durch den Herzog von Connaught, den Schwiegersohn des verstorbenen Prinzen Friedrich Karl von Preußen, ersetzt werden. Der Herzog von Connaught, Gemahl der Prinzessin Margarethe, hat bereits seit mehreren Jahren militärische Dienste in Indien geleistet.

Frankreich.

* Paris, 3. Februar. Deputirtenkammer. Bei Prüfung der Wahl des Abgeordneten Calvinhae in Toulouse erhob der konservative Provost-de-Launay die Beschuldigung, daß die mit der Zählung der Stimmen in Toulouse beauftragte Kommission Fälschungen vorgenommen habe; er legte solche besonders dem Bürgermeister und dem Präfekten von Toulouse zur Last. Der Minister des Innern vertheidigte die Letzteren und sagte, es sei zwar eine Klage eingebracht, dieselbe sei aber zu unbestimmt, um ihr weitere Folge geben zu können. Auf Antrag des Deputirten Granet wurde die weitere Erörterung der Angelegenheit verschoben. — Die Zollkommission bernahm die Ansichten der Groß-Deputirten; dieselben sind Gegner der Maissteuer. — Die Deputirtenkammer trat im weiteren Verlaufe der Sitzung in die Berathung über den Gesetzentwurf betreffend die Einführung großer parlamentarischer Kommissionen ein. Die Erörterung wird morgen fortgesetzt werden. — Der Finanzminister theilte der Kammer das Ergebnis der Budgetverwaltung für 1889 mit. Darnach belaufen sich die Einnahmen auf 3071 Millionen, die Ausgaben auf 3107 Millionen Francs; die Ausgaben betragen also 36 Millionen mehr als die Einnahmen. Während des Jahres 1889 überstiegen die Steuern und die indirekten Abgaben die Budgetvoranschläge um 22 Millionen Francs.

Zur Wahlbewegung.

a. **Polnische Wählerversammlungen.** In Samter fand am 28. v. M. eine Wählerversammlung statt, in welcher die Land- und Stadtbewohner, sowie die Geistlichkeit des dortigen Kreises ziemlich stark vertreten war. Die Versammlung wurde von dem Rittergutsbesitzer v. Kuratowski eröffnet. Hauptredner war der Reichstagsabgeordnete Graf Hektor Kwilecki, welcher über die Thätigkeit des letzten Reichstages, namentlich über die Thätigkeit der polnischen Fraktion eingehend Bericht erstattete. Als Wahlkandidaten wurden die Herren Rittergutsbesitzer Graf Hektor Kwilecki, Dr. v. Mycielski-Galowo und Rechtsanwalt Dr. v. Dziembowski-Posen dem Provinzial-Wahlkomitee, welches im Verein mit der Delegirtenversammlung endgültig die Kandidatenliste aufstellt, in Vorschlag gebracht. Als Delegirter wurde Graf Kwilecki-Dobrowo gewählt. — Am 30. v. M. fand eine Versammlung der Wähler des Kreises Koschmin in der Stadt Koschmin statt, welche von dem Defak Dymski eröffnet und von dem Rittergutsbesitzer Ideons v. Ghelewski geleitet wurde. Als Wahlkandidaten wurden dem Provinzial-Wahlkomitee vorgeschlagen: Propst Dr. von Jazdzewski-Zbuzyn, Rittergutsbesitzer Dr. v. Stajnski-Konarzemo und Fürst Jozislaw Czartorski-Siedlec. — Eine dritte Versammlung fand gestern für die Wähler des Kreises Obornik in der Stadt Obornik statt. Die erschienenen Wähler wurden von den Rednern, unter denen in erster Reihe der leitende Redakteur des „Dziennik Poznanski“, Herr Dobrowolski, genannt wird, eindringlich ermahnt, daß Jeder am 20. d. M. seine Pflicht erfüllen und dafür Sorge tragen möge, daß alle Wähler ihre Stimmen abgeben.

In Schwes in Westpreußen wurde polnischerseits Rittergutsbesitzer v. Kosowski-Gajewo als Wahlkandidat aufgestellt.

Militärisches.

— Das neue kleinkalibrige Rebetirgewehr ist nach dem „Samburgischen Korrespondenten“ bereits an verschiedene Truppenheile, u. a. auch nach Altona versandt. Dasselbe soll bereits bei den Frühjahrsmanövern in Holstein zur Verwendung kommen.

— **Ueber die Lanze,** die „Königin der blanken Waffe“, enthält das „Militär-Wochenblatt“ eine ausführliche Betrachtung, der wir folgende Sätze entnehmen: Zunächst ist festzustellen, daß die Lanze nur dann eine wirkungsvolle, überlegene Waffe ist, wenn ein vollkommen mit ihr vertrauter Reiter auf einem weidigen, ihm durchaus gehoramen Pferde sie führt. Treffen diese Thatsachen nicht zu, so wird die Lanze zu einem Impediment; der mit ihr Bewaffnete wird die Reute jedes geschickten, einen Säbel führenden Reiters. Der Grund dieser Erscheinung liegt in der Thatsache, daß der Lanzenreiter genöthigt ist, sein Pferd ausschließlich mit einer Hand zu lenken, während es dem mit dem Säbel bewaffneten möglich bleibt, zeitweise mit beiden Händen das Pferd zu führen, z. B. bei Wendungen helfend zuzufassen. Die Thatsache, daß unsere Truppenpferde wenig sind und sich im vollen Gehorsam befänden, rechtfertigt es, daß jene Bewaffnung so allgemein eingeführt worden ist. Bestände jene Thatsache nicht, so wäre die Lanze für uns ein Danaergeschenk. Ganz besonders wird es nothwendig, den Lanzenreiter rechtzeitig an das Reiten mit nur einer Hand zu gewöhnen, und dies wieder ist nur zu erreichen, wenn der Reiter gelernt hat, vorherrschend Gewichtshilfen zu gebrauchen. Dies genügt aber

nicht, der Reiter muß mit seiner Waffe völlig vertraut und verwachsen sein; er muß jeden Vortheil kennen, den er aus ihr ziehen kann, das Herz muß ihm aufgehen, wenn es ihm vergönnt ist, mit ihr einem Feinde entgegenzureiten; er muß sich zwei bis drei mit Säbeln bewaffneten Gegnern überlegen fühlen. Durch den vielfachen abwechselungsvollen Gebrauch muß dem Lanzenreiter die Waffe schließlich leicht wie eine Feder werden, deren Gewicht ihm selbst nicht lästig, nur in der Wucht des Stoßes zum Ausdruck kommt. Die Lanze ist für den nicht schwer, der sie zu brauchen versteht. Nach 10 kräftigen Sieben ermüdet der Arm manchem, zwanzig Stöße nutzen die Kraft des Mannes nicht ab, da er die Lanze im Schwerpunkt führt. Unteroffiziere, Patrouillenreiter führen die Lanze, sollen aber ebenso schnell ihre Meldung schreiben, ihre Feldstecher benutzen können wie bisher. Ja, ist der Mann mit seiner Lanze nicht verwachsen, ist er nicht gewöhnt, sie tagtäglich lange zu führen, so wird sie ihn dabei stören. Anderenfalls ist aber solches ganz und gar nicht der Fall. Er nimmt sie schnell an den Arm oder steckt sie neben sich in die Erde, was eine Sekunde Zeit nimmt, und hat die Hände frei. Daß auch die Unteroffiziere die Lanzen endgiltig erhalten, ist nach unserer Ansicht von außerordentlicher Wichtigkeit für den Erfolg der Bewaffnung. Nur wenn die Unteroffiziere fortgesetzt die Lanzen führen, stets angehalten werden, sich im Gebrauch zu vervollkommen, um hierin den Mannschaften ein Beispiel zu sein, wird die Truppe zur Vervollkommenheit im Lanzenfechten gelangen. Diese höchste Vervollkommenheit kann nur der gut reitende, mehrere Jahre gebiente Unteroffizier zeigen, an ihm und den Offizieren, die auch in unaußgesetzter Uebung erhalten werden müssen, können die Mannschaften allein sehen, welche Gewandtheit hierin zu erreichen ist, an ihnen müssen sie sich für die Waffe begeistern können; Nimmt man den Unteroffizier die Lanze, so werden die Leute fehlen, die das Ideal eines Lanzenfehlers verkörpern, die Gesamtleitung wird auf ein gewisses mittleres Niveau herabsinken, und fürs Gefecht hat man seinen tüchtigsten Leuten eine minderwertige Waffe gegeben; — wäre dies logisch? — Einem Unteroffizier, der ein tüchtiger Lanzenfechter ist, wird wahrlich seine Waffe nie im Wege sein — er wird sie lieben wie seine Braut! Eine gewisse nie ganz zu beseitigende Schwermuth bietet uns die Lanze beim Uebergang zum Gefecht zu Fuß. Die Uebergabe der Lanzen an die Pferdehalter, das Bewegen der Handpferde durch die mit den Lanzen der Schützen belasteten Leute bietet unzweifelhaft etwas mehr Schwierigkeiten als bei der nicht mit Lanzen bewaffneten Kavallerie. Aber diese Schwierigkeiten sind nicht derart, daß sie erheblich ins Gewicht fallen; es lassen sich Mittel finden — deren Erörterung nicht hierher gehört — dieselben erheblich zu mindern, und häufige Uebung wird auch hier manches schaffen.

Lokales.

Posen, 4. Februar.

* **Öffentlicher Vortrag.** In Lambert's Saal hat Sonntag Nachmittag Herr Mittelschullehrer Richter einen Vortrag über „des Kindes Spiel und seine Beschäftigung“ gehalten. Wir entnehmen demselben Folgendes. Das Spiel, welches von den meisten Eltern nur als ein Beschäftigungsmittel angesehen wird, ist ein wichtiges Erziehungsmittel. Kinder, welche richtig spielen gelernt haben, zeichnen sich in der Regel in der Schule durch Aufmerksamkeit, Fleiß und Beobachtungsgabe aus. Gegen die Forderung des Spielens der Kinder in der richtigen Weise wird aber von Eltern leider oft gefehlt. So singt der Vater z. B. seinem Sohne, einem Säuglinge, mit übermäßig starker Stimme irgend ein Lied vor. Das wirkt nicht nur nachtheilig auf das Gehör des Kindes ein, sondern es benachtheiligt auch seinen Geist. Die ersten Eindrücke, welche der junge Weltbürger von der Außenwelt empfängt, sollen harmonische und klare sein. Die Ammenreime, freilich nicht die unsinnigen, haben ihre Bedeutung bei der Erziehung des Kindes; denn durch sie lernt das Kind eine Menge von Begriffen kennen. Fängt das Kind zu sprechen an, so halte man auf korrekte Sprache; vor allem hüte man sich, selbst in das Kindesplappern zu verfallen. Auch dulde man kein Ueberhören beim Sprechen, da dasselbe leicht zur Unklarheit führen kann. In dieser Zeit, da das Kind sprechen lernt, beginnt das eigentliche Spielen. Es ist Pflicht der Eltern, sich des Spieles ihrer Kinder zu bemächtigen und es zu leiten, mit anderen Worten: mitzuspielden. Sie müssen darauf halten, daß die Kinder bei einem Spiele Ausdauer zeigen und nicht gleich zu einem anderen übergehen. Im anderen Falle werden die Kleinen zur Gedankenlosigkeit und Zerstreung erzogen. Beim Spiel lernt man die Kinder genau kennen. Man sieht, welches Kind zur Zanksucht, zur Trägheit u. s. w. neigt, und kann diese Fehler in Entsetzen wirksam bekämpfen. Die Phantasie der Kinder ist eine sehr große und läßt sich ebenfalls beim Spielen am deutlichsten erkennen; da ist ein Steinchen eine Uhr, einige Lappchen stellen eine Puppe vor. Doch darf man ein Ueberwuchern der Phantasie nicht dulden. Die einfachsten Spielzeuge sind die besten; denn durch kostbare Spielsachen wird die Phantasie des Kindes beeinträchtigt. Geeignete Spielsachen sind namentlich die Baukasten, da sie von den Kindern vielseitig benutzt werden können. Auch die Bilderbücher sind empfehlenswerth; doch hängt ihr Nutzen von dem richtigen Gebrauch derselben ab. Das Kind muß angehalten werden, erst ein Bild gründlich und genau sich anzusehen, bevor es zum zweiten übergehen darf. Im anderen Falle kann man leicht die Kinder zur Flüchtigkeit und Gemüthsucht erziehen. Auch müssen die Eltern zunächst solche Bilderbücher kaufen, bei denen auf einer Seite nur ein Bild vorhanden ist, z. B. ein Pferd, eine Kuh. Auch die verschiedenen Kinderkinste sind empfehlenswerthe Spiele, so z. B. das Herstellen eines Schiffleins aus Papier u. c., denn diese Spiele führen zu einem greifbaren Resultat. Die verschiedenen Spiele im Freien sind ebenfalls zu empfehlen, besonders aber das Ballspiel; denn dieses schafft dem Körper eine angemessene Bewegung. Ganz entschieden zu verwerfen jedoch sind die Kinder-Gesellschaftsspiele, die Kinder-Hazardspiele; denn durch dieselben wird die Spielwuth und die Begehrlichkeit bei den Kindern hervorgerufen. Dann ging der Redner näher auf die Kindergärten ein. Dieselben sind durchaus zu empfehlen, da sie zweckentsprechend geleitet werden. Die denselben ähnlichen Kinder-Bewahranstalten in kleinen Städten, welche von Diakonissen geleitet werden, sind oft auszuwählen, in denen die Kinder verbringt werden. Auch die Lektüre des Kindes soll sorgfältig überwacht werden. Es soll nicht Vieles, sondern viel lesen. Man muß sich davon überzeugen, ob das Kind das Gelesene auch verstanden hat. Zu warnen ist besonders vor den Kinderromanen von Hoffmann und Merib. Denn durch das Lesen solcher Geschichten werden die Kinder zu Romanverächtlern, welche für die Meisterwerke unserer Klassiker kein Interesse befunden.

* **Der Ornithologische Verein** hielt am vergangenen Sonnabend in dem Vereinslokale bei Lambert eine ordentliche Vereins-sitzung ab. Nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden, Herrn Schulz, hielt das Vereinsmitglied Herr Reismüller einen recht interessanten Vortrag über „Die Meisterjinger unserer gefiederten Welt.“ Nach demselben referirte der Vorsitzende unter Vorzeigung eines Zuchtpärchens über das japanische Mönchen und empfahl dasselbe wegen seiner leichten Haltung, Pflege und Zucht zur Anschaffung. Ferner theilte Herr Schulz mit, daß ein Vereinsmitglied dem Verein 2 Paar selbstgezüchtete böhmische Fasanen geschenkt habe. Ein Paar hat der Vorstand dem Verein Zoologischer Garten übergeben, wogegen mit dem

